

Šulc, Zdislav: *Stručné dějiny ekonomických reform v Československu (České Republice) 1945–1995 [Kurzgeschichte der Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei (Tschechischen Republik) 1945–1995]*.

Národohospodářský ústav Josefa Hlávky, Praha 1996, 118 S. (Studie Národohospodářského ústavu Josefa Hlávky 3).

Mit seiner Studie über die Wirtschaftsreformen in den vergangenen fünf Jahrzehnten in der Tschechoslowakei (seit 1993 in der Tschechischen Republik) hat der Prager Nationalökonom Zdislav Šulc einen bedeutsamen Beitrag zur Historiographie seines Landes vorgelegt. Im Unterschied zu anderen wirtschaftshistorischen Arbeiten, in denen die Wirtschaftsentwicklung der ČSR/ČSSR seit Kriegsende bis zur Wende von 1989 ausführlich thematisiert worden ist¹, konzentriert sich der Autor hier voll und ganz auf die Konzeptionen, die Strategien sowie auf deren wirtschaftspolitische Realisierung, die auf Reformen hingen. Dabei präzisiert er im Text selbst den etwas vagen Begriff der Reformen, indem er „Transformationen“ von „Reformen“ unterscheidet. Dies kommt in der Periodisierung zum Ausdruck: so ist von einer „ersten Transformation“ in den Jahren 1948–1953 die Rede, nachdem die „mixed economy“ (Mai 1945 bis Februar 1948) von der Wirtschaftsordnung sowjetischen Typs (Verstaatlichung plus Befehlsplanung) ersetzt wurde. Nach den Krisenerscheinungen der Jahre 1954–1956 (die nach Stalins Tod blockweit diskutiert werden durften) folgt der „erste Versuch einer Reform“ (1957), der bald scheitert. Es beginnen neue Debatten, die im Zuge eines mühseligen Prozesses in der Periode von 1965 bis zum Prager Frühling von 1968 zu einer „zweiten Reform“ führen. Schon nach wenigen Monaten wurde dieser weitgehendere Vorstoß jedoch gewaltsam von außen abgeblockt. Die folgenden zwei Jahrzehnte der „Normalisierung“ (im Klartext: der Restaurierung der Kommandowirtschaft) verdecken eine besonders in den achtziger Jahren latente Erosion, die schrittweise das politische System, dessen ideologisches Gerüst und damit das ökonomische Denken erfaßt. Die unmittelbar nach der „Samtenen Revolution“ von 1989 folgende „zweite Transformation“ der Wirtschaftsordnung – der Übergang von der staatlichen Planwirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft – wird von Ökonomen konzipiert, die ihre anspruchsvolle Aufgabe nicht unvorbereitet übernehmen.

Die hier skizzierte Periodisierung, das Auf und Ab von teils radikalen Systemveränderungen („Transformationen“), teils moderaten Systemreformen, wird von Šulc nicht unabhängig von den innen- sowie außenpolitischen Entwicklungen interpretiert. Es ist unumstritten, daß in der kommunistischen Ära der machtpolitische

¹ Faltaš, Josef/Průcha, Václav: *Hospodářské dějiny [Wirtschaftsgeschichte]*. Praha 1992. – Kosta, Jiří: *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*. Frankfurt/M. 1978. – Průcha, Václav: *Ekonomický vývoj Československa a aktuální otázky hospodářské politiky [Wirtschaftsentwicklung der Tschechoslowakei und aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik]*. Bratislava 1988. – Teichová, Alice: *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918–1980*. Wien 1988.

Rahmen und die herrschende Ideologie als dessen Legitimation die entscheidende Determinante gesellschaftlicher und damit auch wirtschaftlicher Veränderungen dargestellt hat. Dennoch zeigt der Verfasser überzeugend, daß die reformorientierte Ordnungs- und Prozeßpolitik („systémotvorná a regulatívni politika“) gesellschaftliche Wandlungsprozesse durchaus eigenständig beeinflusste: man denke an die Verstaatlichung bzw. Privatisierung als ordnungspolitischen Eingriff oder an die Devisenbewirtschaftung resp. Freihandel als prozeßpolitisches Instrument.

Die ökonomische Nachkriegsordnung der ČSR ist – wie Šulc zeigt – nicht nur durch den zunehmenden Einfluß der Sowjetunion zu erklären. Selbst auf tschechische nicht-marxistische Ökonomen wirkte der nach 1945 in Westeuropa weit verbreitete Glauben an vermeintliche Vorzüge der volkswirtschaftlichen Planung und einer weitgehenden Verstaatlichung ein. Dennoch gab es unter Experten der tschechischen Parteien erhebliche Unterschiede über die Methoden und Reichweite der Planung sowie über das Ausmaß der Verstaatlichung. Den radikalen Vorstellungen der Kommunisten (Ludvík Frejka) standen moderate Entwürfe der wirtschaftsliberalen Nationalen Sozialisten (Jiří Hejda) entgegen, während die uneinheitlich auftretenden Sozialdemokraten (Václav Majer vs. Bohumil Laušman) Zwischenpositionen einnahmen. Mit der totalen Machtergreifung der KPTsch im Februar 1948 stellte sich unter dem Diktat Moskaus selbst die ehemalige Position kommunistischer Nationalökonom (Josef Goldmann) als „überholt“ heraus: Verstaatlichung und Kollektivierung plus hochzentralisierte Detailplanung plus hochgeschraubte Akkumulationsquote nach sowjetischem Vorbild wurden verordnet².

Nach Einführung des Wirtschaftssystems sowjetischer Prägung wurden ungeachtet der vorhergehenden Säuberungen im Partei- und Wirtschaftsapparat – sicherlich ermutigt durch das Moskauer Klima nach dem Tod Stalins – in der KPTsch Stimmen laut (Jaromír Dolanský), die für Reformen des Planungssystems plädierten. Auf Initiative der Partei wurde – so Šulc – der „erste Reformentwurf“ unter der Leitung des stellvertretenden Planungsministers Kurt Rozsypal erarbeitet (1956) und ab 1957 realisiert. Tragendes Element der Reform – übrigens ähnlich später in der UdSSR und der DDR – waren die sogenannten „Normativen der langfristigen Interessiertheit“, die das Management der Staatsbetriebe zu effizienten Planungsvorschlägen animieren sollten. Dieses Instrument, ergänzt durch weitere Ansätze (Dezentralisierung von Entscheidungen, Vorrang der Langfristplanung, neue Lohntarife), hat die intendierte Wirkung verfehlt: die Ineffizienz des Systems blieb bestehen, da die zentrale Befehlsplanung als konstitutives Element beibehalten wurde.

Im Vergleich zu der Vielzahl von Veröffentlichungen zur „zweiten Wirtschaftsreform“ der Jahre 1965–1968³ ragt der entsprechende Abschnitt in der Monographie

² Noch im Wintersemester 1948/49 hatte Josef Goldmann, Wirtschaftsexperte der KPTsch, die Bedeutung der eigenen Erfahrungen als Lernprozeß für die Planung hervorgehoben. Später galten allein die sowjetischen Erfahrungen als maßgebend, wie mit einem Zitat von Lubomír Frejka (1951), dem führenden Nationalökonom der Partei, belegt wird. Umso tragischer erscheint das Schicksal dieser kommunistischen Ökonomen, die mit ihren Kollegen Opfer der nachfolgenden Säuberungen wurden. Vgl. neben Šulc auch Havel, Jiří/Klavec, Jan/Kosta, Jiří/Šulc, Zdislav: *Economics and Systemic Change in Czechoslovakia 1945–1992*. London 1997.

³ Vgl. u. a. *Economics and Systemic Change in Czechoslovakia*, Kap. II. – Koubal, Karel

von Šulc durch eine umfassende, minutiös ausgearbeitete Analyse heraus, die sowohl den Entwicklungsprozeß unter machtpolitischen und wissenschaftlichen Bedingungen erfaßt, als auch die Funktionsprobleme des Reformvorstoßes diskutiert. Einmalig ist ferner der Rekurs auf die Beiträge einzelner Autoren, die das bekannte Bild über die Pionierrolle von Ota Šik im Reformprozeß gebührend ergänzen⁴.

Im Kapitel über die „Normalisierung“ – so die parteioffizielle Etikettierung der Wiederherstellung des politischen Machtmonopols und der alten Kommandowirtschaft nach 1968 – findet der westliche Leser eine Antwort auf die Frage, wieso nach zwei Jahrzehnten totalitärer Herrschaft Ökonomen wie Václav Klaus und andere in kürzest möglicher Zeit nach der politischen Wende vom November 1989 ein marktliberales Transformationskonzept zustandebringen konnten. Šulc – selbst die Spitzenfigur der Wirtschaftswissenschaftler im Untergrund – schildert zum einen die Erosion der politischen Macht als Vorbedingung der insbesondere in den achtziger Jahren zunehmend kritischen Debatten, die von Ökonomen in den verschiedensten Formen geführt wurden: unter dem Deckmantel von Interessenvereinigungen (Wissenschaftlich-technische Gesellschaft, Jugendverband, Sportverein etc), in Schulungszirkeln zur modernen (sprich: westlichen) Wirtschaftswissenschaft, all das in den bestehenden Forschungsinstituten sowie auch im Untergrund. In den Jahren 1988/1989 – noch vor der Wende – ist bereits offen das System der Befehlsplanung als nicht reformierbar diskutiert und marktorientierte Transformationsansätze entworfen worden. Eher für den tschechischen Leser interessant sind die Ausführungen über die Arbeiten tschechischer Exilökonomien, die auf die damalige Ideenentwicklung im Lande keinen Einfluß ausübten und hier auch heute noch relativ wenig Beachtung finden.

Hat Zdislav Šulc in den vorangehenden Kapiteln keinen Hehl aus seiner eigenständigen kritischen Position gemacht, so gilt dies umso mehr für den abschließenden Teil, der sich mit der gegenwärtigen „zweiten Transformation“ (1990–1995) befaßt. Der Autor räumt freimütig ein, daß wegen der fehlenden zeitlichen Distanz und den noch keineswegs abgeschlossenen Entwicklungen, eine endgültige Bewertung der mit dem Namen von Václav Klaus verbundenen neoliberalen Konzeption nur mit Vorbehalt vorgenommen werden kann. Šulc weist überzeugend nach, daß das entscheidende Dokument der Transformationsstrategie – das Reformszenario vom September 1990 – den ursprünglichen Vorstellungen der Neoliberalen nicht voll entspricht. Das Szenario enthält auch Elemente, die im Zuge konfliktreicher Debatten von sozial-liberal orientierten Experten um Karel Kouba⁵ angeregt werden: so etwa Abschnitte zur sozialen

u. a.: *Náčrt základní koncepce ekonomické reformy* [Abriß der Grundkonzeption der Wirtschaftsreform]. EÚ ČSAV, Praha 1969. – Šik, Ota: *Plan und Markt im Sozialismus*. Tschech. Praha 1967, deutsch Wien 1967.

⁴ Zu den von Šulc genannten Autoren bedeutsamer Beiträge zählen Milan Horálek, Bohumil Komenda, Čestmír Kožešník, Karel Kouba, Miroslav Sokol, Ota Šik und Otakar Turek.

⁵ Karel Kouba war Leiter eines Teams, daß von der Regierung der Tschechischen Republik mit der Aufgabe betraut wurde, ein Reformkonzept zu erarbeiten (Mitglied des Teams war auch Zdislav Šulc). Václav Klaus, nach 1989 Finanzminister der Föderalregierung, scharte seinerseits um sich eine Gruppe radikal-liberaler Ökonomen (u. a. Tomáš Ježek und Dušan Tríska), die bei der Erarbeitung des Reformszenarios die federführende Rolle spielten.

Sicherheit, zur Industriepolitik oder zum Umweltschutz – Vorhaben, die dem Klauschen Postulat eines „Marktes ohne Attribut“ (trh bez přívlastku) zuwiderlaufen.

Ein besonders kontrovers diskutierter Punkt des Transformationsprogramms, nämlich das Privatisierungsverfahren, sei abschließend herausgegriffen. Der Autor kritisiert das von der Gruppe um Klaus durchgesetzte Privatisierungskonzept, das den Akzent auf ein möglichst rasches Tempo und auf den Einbezug der Bevölkerung mittels Kupons in den Prozeß der Eigentumsveränderungen setzt. Die von Šulc und anderen Kritikern (z. B. Lubomír Mlčoch) befürwortete Alternative basierte auf einem Zweiphasenverfahren, einer ersten Etappe, in der die Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt und „entstaatlicht“ werden sollten. Die mit Hilfe eines nationalen Vermögensfonds (à la Treuhand) verwalteten Unternehmen wären zunächst einer „Restrukturierung“ unterzogen werden. Erst danach, in einer zweiten Phase, wären die Betriebe an Private zu verkaufen gewesen (vermutlich nicht mittels Kupons). Dem Rezensenten stellen sich dabei zwei Fragen: erstens, wäre eine von der Staatsverwaltung durchzuführende Restrukturierung überhaupt erfolgversprechend? und zweitens, wäre nicht bei Ausschluß des Kuponverfahrens ein Großteil des Betriebsvermögens über Jahre hinweg in den Händen des Staates geblieben⁶?

Die detaillierten und aufschlußreichen Aussagen von Šulc konnten hier bestenfalls angedeutet werden und können eine Lektüre der Studie selbst nicht ersetzen. Es wäre zu überlegen, ob die Arbeit nicht ins Deutsche übersetzt werden könnte.

Bad Homburg

Jiří Kosta

⁶ Bemerkenswerterweise sind mittels Kupons bis Ende 1995 nur etwa 40 Prozent des Vermögens der Staatsbetriebe privatisiert worden, sicherlich weniger, als die Projektanten um Klaus erwartet hatten. Diese hatten zwar zusätzlich mit der Anwendung der im Westen üblichen Privatisierungsmethoden (Unternehmensverkauf an In- bzw. Ausländer, Anteilsverkäufe über die Börse und Banken, Auktionen, öffentliche Ausschreibungen) gerechnet, jedoch in geringerem Ausmaß. Seit 1996 wird die Kuponmethode nicht mehr angewandt, so daß der Anteil der üblichen Standardverfahren am privatisierten Vermögen zu Lasten der Kuponmethode weiter steigen wird.